

Die Bundesregierung erhöht im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes die Steuer auf Spirituosen.

Schließungswelle in Nacht-Gastro droht

Die Bundesregierung erhöht die Steuer auf Spirituosen um 30 Prozent. Können Bars und Nachtklubs die Mehrkosten verkraften?

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2027 bis 2028 die Erhöhung der Steuer auf Spirituosen beschlossen. Der Alkoholsteuersatz steigt mit 1. Jänner 2027 von 1.200 Euro je 100 Liter reinem Alkohol auf 1.560 Euro, eine Anhebung um 30 Prozent. Der Fachverband Gastronomie in der Wirtschaftskammer hatte sich im Vorfeld gemeinsam mit der Lebensmittelindustrie gegen die Maßnahme ausgesprochen. Die Argumente der Branche fanden in der finalen Fassung des Gesetzes allerdings keine Berücksichtigung.

„Wir haben uns mit Nachdruck gegen diese Steuererhöhung eingesetzt und die negativen Folgen für den gesamten Tourismusstandort Österreich klar aufgezeigt. Leider wurden unsere Argumente nicht berücksichtigt", sagt Fachverbands-Obmann Alois Rainer.

KAUM ERHÖHBARE PREISE

Der Fachverband begründet seinen Widerstand mit der wirtschaftlichen Lage vieler Betriebe. Eine zusätzliche steuerliche Belastung trifft die Betriebe daher zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Als besonders gefährdet gilt die Nachtgastronomie. Bars, Nachtklubs und Diskotheken stehen bereits seit Jahren unter wirtschaftlichem Druck. Höhere Steuern auf Spirituosen und spirituosenhaltige Getränke verschärfen diese Lage nach Einschätzung des Fachverbandes zusätzlich. Rainer rechnet mit weiteren Betriebsschließungen in diesem Segment. Der Fachverband stellt zudem infrage, ob die Steuererhöhung tatsächlich zu den erwarteten Mehreinnahmen führt. Höhere Preise könnten die Nachfrage dämpfen und Konsumenten zu günstigeren Alternativprodukten greifen lassen. ■

